

Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft - Übersicht

Titel: Bericht der Petitionskommission an den Landrat zur Eingabe der IG gegen den Hafenlärm: «Notruf aus Grenzach-Wyhlen: Umweltproblem am Hafen Birsfelden»

Datum: 19. März 2008

Nummer: 2008-080

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Bericht der Petitionskommission an den Landrat

zur Eingabe der IG gegen den Hafenlärm: «Notruf aus Grenzach-Wyhlen: Umweltproblem am Hafen Birsfelden»

Vom 19. März 2008

1. Das Anliegen

Die Eingabe vom 31. Dezember 2007 mit dem Titel «Notruf aus Grenzach-Wyhlen: Umweltproblem am Hafen Birsfelden» wurde vom Büro des Landrates am 10. Januar 2008 der Petitionskommission zugewiesen.

Die IG gegen den Hafenlärm weist auf den im Hafen Birsfelden anfallenden Lärm hin, unter dem 3000 direkt betroffene Bewohner litten; sie «sind schlaflos, werden krank [und] aggressiv». Die Petenten weisen darauf hin, dass diese Lärmbelastung seit rund fünfzig Jahren immer wieder erfolglos moniert worden sei, und verlangen vor allem eine Sanierung der beiden rund sieben Jahrzehnte alten Kräne, die für einen grossen Teil der Lärmemissionen verantwortlich sind.

Das gleiche Begehren haben 720 Personen bereits im Herbst 2007 an die Baselbieter Regierung gerichtet. Der Regierungsrat sicherte daraufhin am 8. Januar 2008 den Petenten und der Gemeinde Grenzach-Wyhlen zu, dass die betroffene Firma Birs Terminal AG die Kräne sanieren lasse und dass die Baselbieter Behörden anschliessend Lärmmessungen durchführen würden.

In ihrer Eingabe an den Landrat spricht die IG gegen den Hafenlärm auch das beim Kanton eingereichte Baugesuch für eine Schrottrecycling-Anlage im Hafen Birsfelden an, die nach Ansicht der Petenten zu einer eigentlichen «Lärm-Lawine» führen dürfte. So würde «eine Umweltlast komplett auf die deutsche Seite abgewälzt. [...] Eine derartige Konstellation tritt den Gedanken der Metropolregion mit Füssen. Hieraus entsteht eindeutig ein Nachbarnschiffschiffkonflikt, der vermeidbar wäre.» Mit dem Schrottrecycling-Entscheid, ähnlich dem Fluglärmproblem zwischen Zürich und Südbaden, «ein möglicher Dauerkonflikt, der extrem negative Folgen für die weitere Entwicklung der Grenzmetropole haben könnte».

Trotz der kurzen, auf die Weihnachts- und Neujahrsfeiertage gefallenen Einsprachefrist seien in Liestal 213 Einsprachen gegen das Bauprojekt eingereicht worden.

Die Petenten betonen, Arbeitsplätze zu schaffen sei wichtig, aber die körperliche und seelische Gesundheit der Bevölkerung sei noch weitaus wichtiger.

2. Stellungnahmen von Behörden und Firmen

Von der Petitionskommission um eine Stellungnahme gebeten, äusserten sich folgende Stellen schriftlich zur Eingabe der IG gegen den Hafenlärm:

2.1 Bau- und Umweltschutzdirektion

Die BUD erklärt in ihrem Schreiben vom 31. Januar 2008, die Lärmklagen hätten sich 2007 massiv gehäuft. Sie seien vor allem auf den Kranlärm der Birs Terminal AG zurückzuführen. Die aus Sicht der Anrainer in Grenzach-Wyhlen schleppende Sanierung dieser Kräne war Anlass für die erste Petition im Herbst 2007, die durch das erwähnte Schreiben des Regierungsrates vom Januar 2008 erledigt wurde. Als Endtermin für die Kransanierung gelte der 31. März 2008, und danach nehmen die Behörden Lärmmessungen vor.

Zum Baugesuch mit Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) der Rohstoff Terminal Basel AG für die «Einrichtung einer Anlage zur Verarbeitung von Schrott und Metallen» (nachfolgend: Schrottverarbeitungsanlage) hält die BUD fest, sollte der Umweltverträglichkeitsbericht sich als ungenügend erweisen, müsse der Projektverfasser noch fehlende Informationen nachliefern; und zuletzt würden die notwendigen Massnahmen zur Einhaltung der Umweltschutzgesetzgebung als Auflagen im Baubewilligungsverfahren festgeschrieben.

Mit der für 2008 geplanten Erstellung eines Lärmbelastungskatasters für die Rheinhäfen BL solle ermittelt werden, wie viel Lärm überhaupt in diesem Gebiet noch emittiert werden darf. Dies sei mit Blick auf weitere Baugesuche im Hafengebiet relevant.

2.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

Mit Schreiben vom 31. Januar 2008 gibt die VGD zu bedenken, in Grenzgebieten mit Industriezonen auf der einen Seite und Wohnzonen auf der anderen Seite der Landesgrenze seien Zielkonflikte gegeben. Diese können jedoch durch technisch und wirtschaftlich machbare Lösungen verträglich und gesetzeskonform gestaltet werden – gegenseitiges Verständnis vorausgesetzt.

Die Umweltverträglichkeitsprüfung des Baugesuchs für eine Schrottverarbeitungsanlage beinhalte auch die Klä-

rung der Auswirkungen dieses Vorhabens bezüglich Lärm.

VGD-Vorsteher Regierungsrat Peter Zwick teilte mit, er habe Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes, auf das aktuelle Problem angesprochen und sie dafür gewinnen können, auf Ebene des Bundes die beiden Länder in geeigneter Weise auf die Bedeutung des Rheins für den Güterverkehr auf der Nord-Süd-Achse hinzuweisen.

2.3 Ultra-Brag AG und Rohstoff Terminal Basel AG

Von den drei angeschriebenen Firmen haben die Ultra-Brag AG und die Rohstoff Terminal Basel AG von der Möglichkeit einer Stellungnahme Gebrauch gemacht. Ihr gemeinsamer Rechtsvertreter hält fest, beide Firmen hätten ihre Baugesuche nach geltenden Rechtsgrundlagen geplant. Sie gingen davon aus, dass die Gesuche dementsprechend auch von den Baubewilligungsbehörden geprüft würden.

3. Beratungen in der Kommission

Die Petitionskommission befasste sich mit der Eingabe an ihren Sitzungen vom 26. Februar 2008 in Birsfelden und vom 18. März 2008 in Liestal. Sie wurde dabei jeweils unterstützt von ihrem juristischen Berater Peter Guggisberg, Leiter Rechtsetzung der Justiz-, Polizei und Militärdirektion. Zur Sitzung vom 26. Februar 2008 war ausserdem Birsfeldens Gemeindepräsident Claudio Botti als Beobachter eingeladen.

Anlässlich der Sitzung vom 26. Februar 2008 nahm die Kommission auch einen Augenschein im Birsfelder Hafenaerial.

3.1. Anhörung der Petenten

3.1.1 IG gegen den Hafenlärm

Die Interessengemeinschaft, vertreten durch die Herren Georg Bongartz und Rolf Rode (Mitglied des Gemeinderates von Grenzach-Wyhlen), hat nicht die Absicht, den Birsfelder Hafen sofort abzuschaffen. Aber ihre Ruhe werde von den zwei beanstandeten Kränen massiv gestört. Das Lärmproblem sei schon seit anfangs der Siebzigerjahre dokumentiert. Von angeblichen früheren Lärmsanierungen der Kräne (Baujahre 1938 und 1941) sei nie etwas zu spüren gewesen. Die Kräne seien, so die Petenten, von 05:00 bis 21:00 Uhr, manchmal sogar bis 23:00 Uhr in Betrieb – häufig an sechs Tagen pro Woche. Im Sommer 2007 sei der Lärm während einiger Wochen schier unerträglich gewesen, worauf die Interessengemeinschaft gegründet worden sei.

Als grosse Bedrohung erachten die Petenten die geplante Schrottverwertungsanlage. Diese führe nicht nur zu starkem Umschlagslärm und viel Staub, sondern auch zu beträchtlichem Mehrverkehr auf Wasser, Schiene und Strasse.

Der Umweltverträglichkeitsbericht und das Lärmgutachten weisen nach Ansicht der IG gegen den Hafenlärm grobe

Mängel auf: So werde die geographische Situation völlig missachtet (wegen der amphitheaterartigen Lage von Grenzach mit dem Rhein und dem Hafen vor sich und dem Dinkelberg im Rücken wirkt der Lärm viel lauter); der bereits bestehende Lärm, der auf dem Hafenaerial anfällt, werde ignoriert; die Lärmgrenzwerte würden nur künstlich, d.h. durch entsprechende Arbeitszeitbegrenzungen, erreicht; und die angenommene Entlade-Fallhöhe von < 1 m sei nicht realistisch.

Zudem sei das Projekt einer Schrottverarbeitungsanlage, so die Petenten, mit einer grossen Brandgefahr verbunden. Sie hätten rund 15 solche Vorfälle recherchieren und dokumentieren können, so etwa einen Brand in Mantes (Île-de-France) im Januar 2008 oder in Herbertingen bei Sigmaringen (am Bodensee). Metallschrott führe immer sehr viele brennbare Zweitstoffe mit sich, die leicht entflammbar sind. In Birsfelden könnte ein solcher Grossbrand in Anbetracht der benachbarten Tanklager zu einer Katastrophe, zu einem zweiten «Schweizerhalle» werden. Die IG gegen den Hafenlärm bittet deshalb den Landrat, sich so stark wie möglich gegen das geplante Projekt zu engagieren.

3.1.2 «metrobasel»

Christoph Koellreuter, Verwaltungsratspräsident von BAK Basel Economics AG, kommentierte die Anliegen der Petenten aus der Perspektive der Metropolitanregion Basel und deren Attraktivität als Lebensraum und Wirtschaftsstandort. Ein ganz bedeutendes Themenfeld in diesem Zusammenhang sei die Lebens- und Wohnqualität. Der Wirtschaftsraum ist angewiesen auf attraktive, hochwertige Wohnlagen für Spitzenkräfte der Wirtschaft. Diesbezüglich sei die Region Basel im Vergleich zu den Grossräumen Zürich und Genf/Lausanne im Hintertreffen. Ein grosses Potenzial bieten aber Wohnlagen am Rhein. Hier müssten unbedingt mehr attraktive Wohnangebote beibehalten, weiterentwickelt und, wo möglich, neu geschaffen werden. Eine hervorragende Lage stelle nicht zuletzt Grenzach-Wyhlen dar. Mittel- bis längerfristig sollten die Hafenaerale rheinabwärts verschoben werden; entsprechende Ideen bestehen bereits.

3.2. Anhörungen der Firmen-Vertretungen

3.2.1 Birs Terminal AG

Der Verwaltungsrats-Vizepräsident der Birs Terminal AG, Erich Fischer, erklärte, bislang sei einer der zwei alten Kräne totalrevidiert worden; er verursache seither nur noch sehr wenig Lärm. Der andere Kran sei seit dem 18. Februar 2008 ausser Betrieb. Seine Sanierung sollte Ende März abgeschlossen sein. Danach nehme der Kanton Lärmmessungen vor, und die Birs Terminal AG sei überzeugt, die Lärmvorschriften vollständig erfüllen zu können.

3.2.2 Ultra-Brag AG

Die Firma Ultra-Brag AG, Grundeigentümerin des Areals, auf dem die Schrottverarbeitungsanlage geplant wird, wurde vertreten durch Paul Nyffeler, Verwaltungsratspräsident, Beat Heydrich, Geschäftsführer, und durch ihren Anwalt Roman Zeller. Sie erklärten, für weitere Teile des

Arealen gebe es Gespräche mit Interessenten, die sich dort ansiedeln möchten und die ebenfalls im Recycling-Geschäft tätig seien. Zur Vermeidung übermässiger Lärmemissionen werde ringsherum eine acht Meter hohe Mauer gebaut und auf der Rheinseite zusätzlich mit schalldämmenden sog. Lärmkassetten ausgestattet. Das Baugesuch der Ultra-Brag AG für einen neuen Umschlagkran und die Verlegung eines Steigers erfülle alle Bedingungen, und man rechne mit einer Baubewilligung.

3.2.3 Rohstoff Terminal Basel AG

Die Rohstoff Terminal Basel AG wurde vertreten durch Hans Merkel, Geschäftsleitungsmitglied des Mutterunternehmens Schrott-Wetzel GmbH mit Sitz in Mannheim (D), und durch ihren Anwalt Roman Zeller. Diese Firma betreibe bereits elf Plätze mit Schrottscheren in Deutschland, Tschechien und den Niederlanden. Die Stahlindustrie verlange immer mehr nach verarbeiteten Schrotten. In Birsfelden sollen nur trockene Schrotte verarbeitet werden, d.h. ohne Öl- oder sonstige Flüssigkeitsrückstände. Das Ladegut werde nicht geschüttet oder geworfen, sondern sorgfältig abgeladen. Die Firma werde sich selbstverständlich an alle behördlichen Auflagen halten, darunter auch die Vorgaben der Lärmschutzverordnung.

3.3. Anhörung der Rheinhafen-Verwaltung

Hans-Peter Hadorn, Direktor der Schweizerischen Rheinhäfen, betont, es liege in der Natur der Sache, dass Lärm am Übergang von Hafen- zu Wohnarealen eine potenzielle Streitquelle sei. In den letzten Jahren sei es aber ruhiger geworden, nicht zuletzt weil der Stand der Technik wesentlich zur Lärmverringerung beigetragen habe. Im Sommer 2007 habe die konjunkturbedingte starke Zunahme des Kohleimports zu einem länger dauernden sehr starken Einsatz der Kräne geführt, und bei den Anwohnern herrsche nun die Befürchtung vor, dass ein neues Projekt zu einer konstanten höheren Lärmbelastung führen könnte.

Das Projekt der Ansiedlung eines Schrottrecycling-Betriebs sei als Teil des Bestrebens der Wirtschaftsförderung beider Basel anzusehen, noch nicht ansässige Branchen zu fördern. Die Logistik sei nach dem Life-Science-Bereich in der Region Basel die Branche mit der höchsten Wertschöpfung. Es sei die Aufgabe der Rheinhafen-Direktion, noch bestehende Angebotslücken wie eben im Bereich Schrottrecycling, einer eigentlichen Zukunftsindustrie, zu schliessen. Schrottrecycling sei ein der Nachhaltigkeit dienendes Geschäft, und da es wichtig sei, alle drei Verkehrsträger (Schiene, Strasse, Wasser) anzuschliessen, komme nur ein Hafenareal in Frage.

Die Ansiedlung des Schrottrecycling-Betriebs stehe in keinem Zusammenhang mit der Aufhebung des Hafens Basel-St. Johann. Die dortigen Aktivitäten würden in die Häfen Basel-Kleinhüningen und Muttenz-Auhafen verlegt.

3.4. Anhörung der Lärmschutzfachstelle

Peter Inäbnit, Fachplaner der Lärmschutzfachstelle im Amt für Raumplanung, erklärt, nach der Sanierung der beiden Birs-Terminal-Kräne würden Lärmmessungen durchgeführt. Dazu sei geplant, möglichst bald eine Mess-

station auf deutscher Seite zu installieren, um die Klagen der Anwohnenden zu verifizieren. Dafür werde noch ein geeigneter Standort gesucht und eine bestehende Messstation entsprechend umgerüstet.

Bei den Messungen komme die schweizerische Lärmschutzverordnung (LSV) zur Anwendung. Die deutsche Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) sei in gewissen Punkten etwas strenger als die schweizerische LSV. Aber in der Schweiz würden zu den gemessenen Werten je nach Umstand Malus-Werte dazugerechnet, und somit seien die Grenzwerte etwa vergleichbar. Auf jeden Fall stehe fest, dass der Kanton, auf dem eine Betriebsanlage steht, dafür zuständig sei, die Einhaltung der Lärmgrenzwerte zu überwachen.

Nach einer ersten Prüfung des Baugesuchs der Rohstoff Terminal Basel AG (RTB) seien weitere Daten angefordert worden, damit zu den Einsprachen Stellung genommen werden könne. Das separate Baugesuch der Ultra-Brag AG für den neuen Umschlagkran und die Steigerverlegung werde separat geprüft.

4. Würdigung durch die Petitionskommission

Die Petitionskommission hält die Sicherstellung einer hohen Lebens- und Wohnqualität für eine wichtige Forderung im Rahmen der Wirtschaftsförderungspolitik. Sie ist der Meinung, die Beschwerden und Befürchtungen der Petenten seien nicht unbegründet.

Die Kommission ist zum Eindruck gelangt, die betroffene Bevölkerung fühlte sich schon seit Jahren nicht ernst genommen, und es wurde lange nichts zur Sanierung der lärmigen Kräne unternommen. Offenbar bestehen tiefgreifende Kommunikationsprobleme. Die Hafen- und Firmenseite hat die Anliegen der Nachbarn – sowohl der deutschen wie auch der schweizerischen – jahrelang ignoriert. Die Kommission versteht die Anliegen der Anwohner(innen) und nimmt ihre schwierige Situation ernst. Von den bevorstehenden Lärmmessungen verspricht sich die Petitionskommission eine Versachlichung der Auseinandersetzung. Sie erwartet im Fall, dass trotz der Kransanierungen die Lärmgrenzwerte überschritten werden sollten, von den Behörden die entsprechenden, im Umweltschutzgesetz und der Lärmschutz-Verordnung vorgesehenen Schritte.

Zur geplanten Schrottverarbeitungsanlage hält die Petitionskommission fest, dass die Politik in ein laufendes Baubewilligungsverfahren nicht eingreifen könne und dürfe. Im Rahmen dieses Verfahrens ist die Einhaltung der geltenden gesetzlichen Grundlagen zu prüfen. Die Kommission ist überzeugt, dass auch das Thema Brandgefahr von der Bewilligungsbehörde berücksichtigt werde, zumal die Anlage in einem Areal mit Tankstofflagern in der Nähe eines Chemiestandortes und dichtbesiedelter Wohngebiete errichtet werden soll.

5. Antrag an den Landrat

Die Petitionskommission beantragt dem Landrat einstimmig, die Eingabe der IG gegen den Hafenlärm zur Kenntnis zu nehmen und sie an den Regierungsrat zu überweisen.

Binningen, 19. März 2008

Für die Petitionskommission:

Agathe Schuler, Präsidentin

Beilage:

Eingabe vom 31. Dezember 2007

Interessengemeinschaft gegen den Hafenlärm
c/o Prof Georg Bongartz
Petersgraben 4
4031 Basel

Basel, den 31.12. 2007

gbongartz@uhbs.ch

Prof. Georg Bongartz, Petersgraben 4, 4031 Basel

**Frau
Landratspräsidentin
Esther Maag
Regierungsrat des Kantons Basel Landschaft
Rathausstrasse 2
4410 Liestal**

Notruf aus Grenzach-Wyhlen: Umweltproblem am Hafen Birsfelden

Sehr geehrte Frau Landratspräsidentin Maag,

wir wenden uns mit einer grossen Sorge an Sie, da wir auf die Unterstützung aus der überregionalen Politik angewiesen sind: bisherige lokalpolitische Bemühungen sind ohne Erfolg verblieben. Ich selbst bin Hauseigentümer in Grenzach und somit unmittelbar betroffen.

Grenzach-Wyhlen verkommt im Lärm, der auf der benachbarten schweizerischen Seite verursacht wird; 3000 direkt betroffene Bewohner sind schlaflos, werden krank, aggressiv und dennoch werden sämtliche Einwände unter den Tisch gekehrt. Neben dem seit jahrzehnten bestehenden Problem plant der Hafen jetzt noch zusätzlich die Installation eines Schrottplatzes an gleicher Stelle, wodurch die stärksten Lärmbelastungen noch bei weitem übertroffen werden.

Die Verzweiflung der Grenzacher Anwohner ist unermesslich, da es kaum gelingt, in der Schweiz ausreichend Gehör zu bekommen. Wir sind also auf Ihre Intervention angewiesen. Die Situation hat sich folgendermassen entwickelt:

Im Herbst 2007 wurde von unserer Interessengemeinschaft eine Petition bzgl des zunehmendem Hafenlärms aus Birsfelden bei der Regierung Basel-Landschaft in Liestal (LKA Walter Mundschin) eingereicht. Im Hafen wird mit 2 uralten Kränen (70 Jahre alt) in vermehrtem Ausmass Ent- und Beladen, ein Austausch der Geräte wurde gefordert. Bislang fehlt eine Reaktion aus Basel-Landschaft, die Petition soll am 8. 1. 2008 behandelt werden.

Diese Petition, unterschrieben von 720 Bürgern, wurde gleichzeitig dem Justizdepartment in Basel (Herrn M. Ritter) vorgelegt und dem kommenden Hafendirektor, Herrn HP.Hadorn überreicht. In einem vermittelnd-freundlichem Gespräch hat dieser zugesagt, sich um das Lärmproblem zu kümmern – aber bis dato war er noch nicht zuständig. Er berichtete ebenfalls, dass eine kommende Recycling-Anlage dort errichtet werden solle, diese aber eindeutig nach neuesten Umweltbestimmungen emissionsgeschützt installiert würde (Hallenüberdachung).

Am 18. 12. 2007 erfuhren wir aus der Presse von dem Baugesuch (2507/2007) der Firma Rohstoff-Terminal AG, die dort einen offenen Schrottplatz errichten will. Einsprüche werden bis zum 14. 01. 2008 entgegengenommen. Inzwischen konnten wir das Gutachten einsehen und erkennen, dass eine

Lärm-Lawine auf uns zukommt, die im Lärmgutachten fehlerhaft geschönt gerechnet wurde und zu einer ausschliesslichen Belastung für die Deutsche Bevölkerung führen wird. Das Gutachten kennzeichnet sich durch eklatante Missachtung der hiesigen geographischen und meteorologischen Situation, der in Deutschland geltenden Immissionsschutzgrenzen, ignoriert die bereits bestehende Lärm-Verseuchung und schönt die Berechnungsfaktoren zugunsten der Gesuchsteller. Etliche Berechnungsfehler müssen mit einem Gegengutachten ausgehebelt werden; dennoch fürchten wir, wegen der Zeit-Knappheit kurzerhand vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden.

Da der Veröffentlichungszeitpunkt offensichtlich mit System auf einen Termin gelegt wurde, zu dem es extrem schwierig ist, Fachleute, Juristen, Gutachter oder Ämter zu erreichen, schrumpft die Möglichkeit einer sachgerechten Einspruchsnahme für uns, die betroffenen Bürger, deutlich. Dennoch werden wir dies Recht in Anspruch nehmen, benötigen aber zusätzlich politische Unterstützung. Da wir diese in der lokalen Verwaltung bisher nur zögerlich erkennen, wenden wir uns an Sie.

Nachfolgend eine Analyse der speziellen politischen Probleme des Projektes:

1. Wie im Gutachten beschrieben, erwartet man von dem geplanten Schrottplatz als einzige Umweltverschmutzung eine Lärmemission. Diese betrifft aber nicht die Schweizer Seite sondern ausschliesslich die Deutsche Seite. Somit wird von Schweizer Seite eine Umweltlast komplett auf die Deutsche Seite abgewälzt, die in Basel nicht gewünscht ist (Verlagerung des Stadt-Hafens St Johann, damit dort eine attraktive Urbanisierung stattfinden kann). Eine derartige Konstellation tritt den Gedanken der Metropolregion mit Füssen. Hieraus entsteht eindeutig ein Nachbarschaftskonflikt, der vermeidbar wäre.
2. In Medienmitteilungen der Regierungen BS und BL, des Eurodistricts und der Metropolregion Basel findet sich der Umweltschutz im grenzüberschreitenden Konzept als eines der wesentlichen Ziele. Offensichtlich wird dies jetzt komplett über den Haufen geworfen. Lärm wird international zunehmend als eines der Hauptprobleme im Umweltschutz anerkannt, die krankmachende Wirkung ist hinreichend bekannt. Wenn die Versprechungen der gemeinsamen Trinationalen Region Basiliensis ernstgenommen werden könnten, wäre das Gesuch von vorn herein nicht möglich. Auch wird das in den bisherigen Vereinbarungen des Eurodistricts vorgesehene Rechtsprimat zugunsten der Bevölkerung (jeweils die optimalen Richtlinien zum Bevölkerungsschutz müssen bei grenzüberschreitenden Anliegen Anwendung finden) einfach ignoriert.
3. Das Architekturbüro, welches das Projekt in der Baudirektion BL eingereicht hat, ist auch der Ersteller des Lärmgutachtens, versteckt in einem Hauptgutachten einer deutschen Firma. Somit muss die Objektivität angezweifelt werden.
4. Die hinter dem Projekt stehende Firma RTB AG ist eine Tochtergesellschaft der deutschen Firma Schrott-Wetzel aus Mannheim. So wird das internationale Lärmproblem vielschichtig: eine Deutsche Firma verursacht auf Schweizer Territorium zu grossen Lärm, die Einwände der Deutschen Nachbargemeinde zielt auf Schweizer Behörden, die sich augenscheinlich nicht ausreichend an die internationalen Normen halten. Alle von den Basler Regierungen in verschiedenen Medien und Publikationen angekündigten Wege zur gemeinsamen Grossregion Basel werden durch das Projekt Lügen gestraft. Basel und die Schweiz stünde durch derartige Projekte dann als unfairer oder nicht kooperierender Partner dar, der sich nicht um die Nachbarn kümmert. Möglicherweise führt also durch das von Deutschen geführte Projekt (RTB) zu einem Image-Schaden für Gesamt-Basel und seine Politik. Die Firma Schrott-Wetzel hat sich bereits an anderen Orten in Deutschland als dauerhafte Lärm-Problemquelle enttarnt: So besteht z.B in Elstertrebnitz seit 2004 ein erheblicher Bürgerprotest gegen den Lärm verursacht durch eine gleichartige Schrottverwertungsanlage der Fa Wetzel. Es

ist nicht ratsam, einen derartigen Konflikt auf die D-CH Grenze zu lasten.

5. Ähnlich dem Fluglärmproblem zwischen Zürich und Südbaden entsteht mit dem geplanten Schrottplatz in Birsfelden ein möglicher Dauer-Konflikt, der extrem negative Folgen für die weitere Entwicklung der Grenzmetropole haben könnte. Die Interessensgemeinschaft aus Grenzach ist bereit, den Konflikt unmittelbar auf Landes-, Bundes- und Europa-Ebene zu eskalieren.
6. Der bisherige Hafenlärm wurde schon seit den 50er Jahren immer wieder von Grenzacher Bürgern beklagt, die entsprechende Dokumentation liegt in Liestal vor. Ungeheuerlich ist allerdings, dass seit Jahren die belästigten Bürger bei Nachfragen im Hafen stets auf eine „Ausnahmebewilligung“ hingewiesen wurde, die auch Nacharbeiten ermöglichten. Bei genauer Recherche hat sich ergeben, dass diese Sonderbewilligung sich aber ausschliesslich auf die Arbeitnehmer-Zeitbegrenzung bezog und nicht auf die Lärmemission. Somit wurden die Beschwerdeführer seit Jahren mit System getäuscht!
7. Von der Lärmimmission sind auch finanzielle Aspekte berührt: durch die zunehmende Umweltbelastung mit Lärm verfallen die Immobilienpreise – die Bürger, die aus Verzweiflung fortziehen möchten, finden keine Abnehmer für ihre Häuser. Grenzach wird so zum Lärm-Schrottplatz einiger Profit-gieriger Geschäftsmacher. Es muss mit der Geltungsmachung eigentumsrechtlicher Ansprüche gerechnet werden.

Wir denken, es ist an der Zeit, nicht nur von grenzüberschreitendem Umweltschutz zu reden. Die Schweiz, der Metropolgedanke Basel, der Eurodistrict und alle nationalen wie internationalen Umweltversprechungen werden beim Wort genommen - Taten sind notwendig. Arbeitsplätze zu schaffen ist sicherlich wichtig - die körperliche und seelische Gesundheit der Bevölkerung ist aber noch weitaus wichtiger.

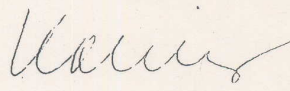
Mit vorzüglicher Hochachtung
(für die Interessensgemeinschaft gegen den Hafenlärm aus Birsfelden)



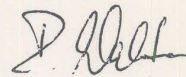
Prof. G. Bongartz



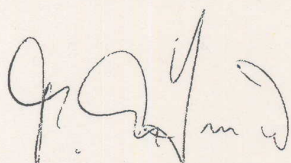
M. Walser



Dr. H. Kawinski



R. Walter



M. Strittmatter